

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

27.07.2022

Inhalt

EWN

1 Linke für sofortige Vorgaben für Industrie <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 27.07.2022</i>	3
2 Habeck schließt längeren AKW-Betrieb nicht aus <i>Spiegel.de, 26.07.2022</i>	4
3 Weiterbetrieb ja, aber ... <i>Handelsblatt, 27.07.2022</i>	5
4 Belgischer Nachschlag <i>Süddeutsche Zeitung, 27.07.2022</i>	6

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 27.07.2022 | S. 10

📄 Auflage: 29.017 | Reichweite: 74.194

👤 Jörg Ratzsch

Linke für sofortige Vorgaben für Industrie

Die Linke hat wegen der drohenden Gasknappheit schnelle Energiesparvorgaben für die Industrie gefordert. Es müsse jetzt darum gehen, dass nicht die Verbraucher die Zeche zahlen, sagte der Co-Vorsitzende Martin Schirdewan. „Verpflichtende Einsparvorgaben müssen für die Industrie gelten, die den größten Anteil am Gasverbrauch hat und auch die meisten Steuermöglichkeiten. Dazu sollten schon jetzt verzichtbare Energieverwendungen identifiziert und untersagt werden.“

Schirdewan bekräftigte die Forderung seiner Partei nach einer Deckelung der Gaspreise für den Grundverbrauch der Haushalte. Zudem sprach sich der Linke-Chef für einen „bundesweiten Schutzschirm für kommunale Versorger und kritische Infrastruktur“ aus. Diesen brauche es, da durch die Erlaubnis für den angeschlagenen Gasimporteur Uniper, erhöhte Kosten an die Kunden weiterzugeben, zahlreiche kommunale Versorger, aber auch Unternehmen bedroht seien.

Die „fatale Abhängigkeit“ von fossiler Energie und rus-

sischen Gaslieferungen wäre nach Schirdewans Ansicht durch einen frühen und konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien vermeidbar gewesen. „Leider ist auch bei der Ampelkoalition kein Umdenken zu erkennen, wenn man Sondervermögen für Waffen statt für die Energiewende bereitstellt“, sagte er.

Der Energieexperte der Linksfraktion Klaus Ernst, erneuerte unterdessen seine Forderung nach Gesprächen mit Moskau auch über eine mögliche Inbetriebnahme der Gasleitung Nord Stream 2.

Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) müsse „sich in direkten Gesprächen mit Russland“ um die Sicherung der Energieversorgung bemühen, sagte er der dpa. „Dabei darf es keine Tabus geben, auch nicht die schnelle Zertifizierung und gegebenenfalls vorübergehende Inbetriebnahme von Nord Stream 2. Wir sind von russischem Gas abhängig, egal durch welche Leitung es kommt.“ Mit seiner Nord-Stream-2-Forderung hatte Ernst bereits Anfang des Monats Widerspruch in der eigenen Partei geerntet.

MÖGLICHES »SONDERSZENARIO«**Habeck schließt längeren AKW-Betrieb nicht aus**

Auch nach Jahresende könnten deutsche Atommeiler weiter laufen, deutet Wirtschaftsminister Habeck von den Grünen an. Im aktuellen Stresstest könne sich ein »Sonderszenario« ergeben.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) schließt einen Weiterbetrieb der verbliebenen Atomkraftwerke in Deutschland über das Jahresende hinaus unter bestimmten Voraussetzungen nicht aus. Beim sogenannten Stresstest könne sich ein »Sonderszenario« ergeben, sagte Habeck in der Sendung »RTL Aktuell«. »Die Frage, die relevant gestellt werden muss, ist, ob die Stromnetzstabilität in diesem Jahr durch weitere Maßnahmen gesichert werden muss.«

Um ausreichende Rückspannung im Netz zu sichern, sei eine gewisse Kraftwerkskapazität nötig. »Und jetzt schauen wir uns an, ob dieses Jahr so extrem ist, dass dafür noch mal neu ein Szenario aufgemacht werden soll«, sagte Habeck. Er nannte als Beispiele die vielen derzeit abgeschalteten Atomkraftwerke in Frankreich und möglicherweise zur Stromerzeugung fehlendes Regenwasser in den Bergen.

Die AKWs müssten im Dezember eigentlich vom Netz

Die Einsparmöglichkeiten beim Gas durch Atomkraftwerke seien dagegen »sehr, sehr gering«, betonte Habeck. Das Sparpotenzial, das er auf etwa 0,5 bis 0,7

Prozent bezifferte, stehe in keinem Verhältnis zu den Risiken der Atomkraft und der gesellschaftlichen Debatte, die durch einen Weiterbetrieb ausgelöst werde.

Die drei verbliebenen Atomkraftwerke in Deutschland müssen nach geltendem Atomrecht spätestens Ende Dezember vom Netz gehen. Ein erster Stresstest des Bundeswirtschaftsministeriums zur Stromversorgung im Frühjahr hatte ergeben, dass die Versorgungssicherheit Deutschlands selbst unter schwierigen Bedingungen gewährleistet sei.

Aktuell läuft eine zweite Prüfung, deren Ergebnis in den nächsten Wochen erwartet wird. SPD und Grüne stehen einer AKW-Laufzeitverlängerung skeptisch gegenüber. Ihr Koalitionspartner FDP schlug hingegen vor, die Meiler bis 2024 laufen lassen.

Die Bundesgeschäftsstelle der Grünen gab einem Bericht der »Welt« zufolge in einer internen Mail Empfehlungen für die Kommunikation in der Atomkraft-Debatte. Generell ist die Linie demzufolge: »Eine Laufzeitverlängerung, sprich die Beschaffung neuer Brennstäbe, lehnen wir ab.«

KERNKRAFTWERKE**Weiterbetrieb ja, aber ...**

Welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit stillgelegte AKWs wieder ans Netz gehen könnten.

Im Mai 2011 sagte Markus Söder, damals Umweltminister der CSU, er freue sich über den beschlossenen Atomausstieg. Dieser sei schließlich „auch mein Vorschlag, der Vorschlag von Horst Seehofer und der Vorschlag der CSU“ gewesen. Elf Jahre später hat sich die Stimmung in Bayern gedreht. Denn Deutschlands größtes Bundesland ist besonders stark von russischem Erdgas abhängig. Bayerns Ministerpräsident Söder fordert daher seit Monaten eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten für die drei noch betriebenen Kraftwerke bis 2025. Mehr noch: Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) verlangt sogar, auch die Ende 2021 stillgelegten Meiler in Grohnde, Brokdorf und vor allem das in Bayern gelegene Kernkraftwerk Gundremmingen zu reaktivieren.

Atomkraftwerke können Strom liefern, anders als Gas- oder Kohlkraftwerke aber keine Fernwärme, die im Winter dringend benötigt wird. Ein Gutachten von Energy Brainpool kommt zu dem Schluss, dass der Nutzen sehr gering wäre, ließe man die drei aktiven AKWs 2023 weiterlaufen. Zusammen würden sie maximal 8,7 Terawattstunden (TWh) des Erdgasverbrauchs einsparen, was rund einem Prozent des deutschen Jahresverbrauchs entspricht.

Doch wie sieht es technisch aus? Preussen Elektra, Betreiber der AKWs Grohnde und Brokdorf will die „wieder angestoßene Debatte über die Reaktivierung der Anlagen nicht kommentieren“. Auch RWE, Betreiber des AKW Gundremmingen, möchte sich „an politischen Spekulationen nicht beteiligen“.

Für Gundremmingen liegt ein von der Bayerischen Landesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten des Tüv Süd von April vor. Die Prüfer kamen zu dem

Schluss, dass aus den in Block C vorhandenen Brennelementen ein Reaktorkern zusammengestellt werden könne, der einen Betrieb für weitere sechs Monate ermöglichen würde und „sämtliche sicherheitstechnischen Randbedingungen“ erfülle. Das entspricht einer Strommenge von 4900 Gigawattstunden (GWh) und könnte laut Uwe Stoll, Geschäftsführer der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit, die 1,5 Millionen Einwohner Münchens zwei Jahre mit Strom versorgen. Laut Tüv Süd bräuchte es keine neuen Brennelemente, für die Fachleute eine Beschaffungsdauer von 12 bis 18 Monaten kalkulieren. Die alle zehn Jahre erforderliche „periodische Sicherheitsüberprüfung“ (PSÜ), eine komplette sicherheitstechnische Beurteilung durch den Betreiber, habe Gundremmingen laut Stoll 2017 absolviert.

Kraftwerke, deren PSÜ länger als zehn Jahre zurückliege, könnten die Überprüfung im laufenden Betrieb nachholen, ohne das Kraftwerk herunterzufahren, so der Experte. Wenn die radioaktiven Anlagen aber bereits dekontaminiert worden seien, wäre der Nachweisaufwand laut Stoll zu groß. Die dabei eingesetzten Chemikalien können Oberflächen beschädigen, Radioaktivität könnte entweichen. Grohnde ist nach Stolls Einschätzung dekontaminiert worden.

In Block C in Gundremmingen ließen sich sämtliche Maßnahmen, die „für den dauerhaften Nichtleistungsbetrieb getroffen wurden“, zurücknehmen, heißt es von Tüv Süd. Dafür kalkulierte der Zertifizierer einen Zeitbedarf von sechs Monaten. Von RWE ist nicht zu erfahren, ob die Brennstäbe fast vier Monate nach Veröffentlichung des Gutachtens noch nutzbar sind. Zuletzt hat der Energiekonzern mehrfach betont, dass sich die Anlage im Rückbau befinde.

Belgischer Nachschlag

Das Land verlängert die Laufzeiten, gleich um ein Jahrzehnt

Was Deutschland seit Wochen diskutiert, ist im Nachbarland Belgien bereits geschehen: Am Freitag gab Premierminister Alexander De Croo bekannt, dass sich der belgische Staat und der Energiekonzern Engie im Grundsatz auf eine Laufzeitverlängerung für zwei Atomkraftwerke geeinigt haben. Ziel sei es, bis Jahresende zu einer endgültigen Einigung zu kommen, damit „angesichts der instabilen geopolitischen Lage ausreichend Elektrizität“ zur Verfügung steht, schrieb De Croo auf Twitter. Statt wie ursprünglich geplant bis 2025 sollen die beiden Meiler nun bis 2035 in Betrieb bleiben.

Mit der vorläufigen Einigung setzt De Croo um, was seine Regierung bereits im März angekündigt hatte: Der Atomausstieg – im Grundsatz bereits im Jahr 2003 beschlossen – wird um zehn Jahre verschoben.

Auch ohne die Krise, die der russische Angriffskrieg in der Ukraine verursacht hat, stehe Belgien beim Umbau auf eine klimafreundliche Energieversorgung vor großen Herausforderungen. Das Land deckt seinen Energiebedarf zu einem großen Teil aus Öl und Gas. Für die belgische Stromerzeugung jedoch ist die Atomkraft, die insgesamt sieben Kraftwerke an zwei Standorten produzieren, die wichtigste Energiequelle. Nun soll an beiden Standorten – Doel in der Nähe von Antwerpen und Tihange nahe der deutschen Grenze – je ein Meiler länger laufen als ursprünglich geplant.

Die Nachricht sorgte auch jenseits der Grenze für Aufmerksamkeit: Das Kernkraftwerk Tihange mit seinen drei Reaktorblöcken liegt in der Provinz Lüttich, gerade mal 65 Kilometer von der deutschen Großstadt Aachen entfernt. In der Vergangenheit wurden dort mehrmals Mängel festgestellt, etwa Haarrisse in den

Reaktordruckbehältern. Dass es der jüngste der drei Meiler von Tihange ist, der weiterlaufen soll, dürfte die Nachbarn in Deutschland kaum beruhigen. Bei einem Störfall wäre Deutschland fast ebenso sehr betroffen wie Belgien, das zeigen Modellberechnungen.

Aber auch das Kraftwerk in Doel im Nordwesten des Landes musste in der Vergangenheit bereits mehrmals wegen Pannen vom Netz genommen werden – und zuletzt wegen der anhaltenden Hitzewelle auf halbe Kapazität heruntergefahren werden. Es bestehe die Gefahr, dass ansonsten das Kühlwasser zu warm werde, teilte der Betreiber Engie mit, wie die Nachrichtenagentur Belga berichtete.

Auch in Frankreich wurden wegen der Hitze ein Dutzend Atomkraftwerke heruntergefahren. Andere bekamen Sondergenehmigungen, um heißeres Kühlwasser in die Flüsse ableiten zu dürfen, als eigentlich erlaubt, um im Minimalbetrieb weiterlaufen zu können. Weil wegen Mängeln oder Wartungsarbeiten auch andere Kraftwerke gerade nicht am Netz sind, konnten 29 der 56 französischen Atomkraftwerke nicht wie geplant für die Stromproduktion eingesetzt werden – Frankreich musste Strom importieren, obwohl es in den Sommermonaten sonst Energie an andere Länder abgibt.

Trotz dieser Schwierigkeiten setzt Staatspräsident Emmanuel Macron weiterhin auf die Atomkraft: Kernenergie sei eine „nachhaltige Lösung“, sagte er am französischen Nationalfeiertag in einem Interview – das gelte für Frankreich, aber auch im Ausland.

Frankreichs Kernkraftwerke haben gerade zu kämpfen – mit der Hitze